



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/106

3. September 1949

Größtmöglicher Fortschritt

Vom Weg einer gerechten Wirtschafts- und Sozialpolitik

Von Prof. Dr. Carlo Schmid - Tübingen

Das siegreiche Bestehen des inneren und äusseren Kampfes unseres Volkes für eine Demokratie, die lebendige Wirklichkeit und nicht nur Phrase ist, und der Erfolg des Ringens um die Herstellung seiner konstitutionellen Einheit in der Freiheit hängen davon ab, dass der auf allen Ebenen geplante unbarmherzige Angriff des Besitzbürgerblocks auf die Grundanliegen des werktätigen Volkes zerschlagen wird. Darum ist die SPD in die Opposition gegangen. Sie wird diese Opposition nicht darauf anlegen, die Politik der Regierungsparteien in arbeiterfeindlichen Massnahmen versacken zu lassen. Sie wird im Gegenteil alles daran setzen, aus den Möglichkeiten der nächsten Jahre das Maximum an sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt für die bedrängten Schichten des Volkes herauszuholen.

Die Frankfurter Wirtschaftspolitik Professor Erhards hat die Zügellosigkeit des Verdienens auf den Schild erhoben. Sie ging Hand in Hand mit der Schaffung einer industriellen Reservearmee von lohnbrückenden Arbeitslosen. An die Stelle dieser Zügellosigkeit des Wirtschaftens muss die Lenkung der Wirtschaft treten, die es ermöglichen wird, an der Wurzel des Wirtschaftsprozesses die Rohstoffe und die Kredite dorthin zu lenken, wo sie zur Befriedigung des Bedarfs der breiten Masse am vordringlichsten gebraucht werden. Nur durch deren Steigerung aber vermögen wir die Voraussetzungen für den "inneren Export" zu schaffen, auf den es neben dem für die Beschaffung der für den Import von Rohstoffen und Lebensmitteln nötigen De-

viseu erforderlichen "äusseren Export" in erster Linie ankommt. Ohne die Schaffung der Möglichkeit einer vom Bundesrat ausgehenden Kontrolle der Tätigkeit der Bank Deutscher Länder wird dieses Ziel nicht erreicht werden können. Für die Interalliierte Bankenkommission wird kein Raum mehr sein.

Ein anderes vordringliches Problem des wirtschaftlichen wie des sozialen Bereichs ist der Ausgleich der durch den Krieg wahllos verteilten Lasten. Er kann nicht aus dem laufenden Steueraufkommen vorgenommen werden. Ohne die Erträge eines wirksamen Eingriffs in die erhalten gebliebene Sachwertsubstanz wird es nicht möglich sein, das Schwergewicht der deutschen Wirtschaftskapazität auf das Feld des gemeinnützigen Wohnungsbaues zu verlegen. Nur dadurch aber werden wir den Heimatvertriebenen und Ausgebombten menschenwürdige Wohnungen geben können, und nur wenn wir diese bauen, werden wir den Zustand der Vollbeschäftigung schaffen können, der die Arbeiterschaft davor bewahrt, immer wieder das Opfer wirtschaftlicher Krisen zu werden. Dabei muss das Anliegen der Heimatvertriebenen von einer zentralen Stelle wahrgenommen werden, wenn es Aussicht auf Erfüllung haben soll. Wir werden auch so nicht jedem zu seinem vollen Recht verhelfen können. Wir betrachten es aber als die Pflicht der vor Krieg weniger schwer Betroffenen, das Maximum an Opfern zu bringen, um ein Maximum sozialen Ausgleiches zu ermöglichen.

Demokratie ohne weitgehende soziale Konsequenzen ist unaufrichtig und sie ist unvollständig, wenn nicht über^{rein} sozialpolitische Er rungenschaften hinaus der Arbeiterschaft ein wirksames Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung der Betriebe eingeräumt wird. Nur so wird der Arbeiter aus einem blossen Objekt des Wirtschaftsprozesses wenigstens teilweise zu dessen Subjekt werden können. Darum fordert die SPD die volle massgebliche Beteiligung der Gewerkschaften an allen wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganisationen und an allen Einrichtungen, die den Gang der Wirtschaft zu bestimmen haben.

Auch die Sozialisierung der Grundstoff- und der Schlüsselindustrien, insbesondere des Ruhrgebietes, ist nicht nur eine ökonomische und soziale, sondern vor allem auch eine politische Notwendigkeit. Nur durch die Sozialisierung, d.h. die Unterwerfung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel der Grundstoff- und Schlüsselindustrien unter demokratische Kontrolle, kann verhindert werden, dass die Planung und Lenkung der allgemeinen Wirtschaft durch privatkapitalistische Manipulationen an der Wurzel des Wirtschaftsprozesses selbst gestört wird. Nur durch die Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien kann verhindert werden, dass die Inhaber der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen in die Rolle eines Hugenberg hineinwachsen und dass ein neuer Thyssen und ein neuer Schacht einen neuen Hitler finanzieren. Und nur die Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien wird der deutschen Arbeiterschaft die Gewissheit geben, dass die Demokratie westlicher Prägung ein wirksames Instrument für die Verwirklichung ihrer nunmehr bald hundertjährigen Grundanliegen ist. Diese Gewissheit ist aber ein tauglicheres Mittel für die Abwehr des Bolschewismus als alle Abwehrmassnahmen polizeilicher und propaganclistischer Art zusammengenommen. Die SPD versteht unter Sozialisierung nicht die Verstaatlichung oder Vertrustung der Betriebe. Diese sollen ihre individuelle Selbständigkeit behalten und im Rahmen der Wirtschaftsgesetzgebung am Wettbewerb teilnehmen. Der industrielle Mittelstand wird, soweit er echte unternehmerische Funktionen ausübt, in seinem Eigentum nicht betroffen werden.

Im Sinne dieser wirtschaftlichen Konzeption wird die SPD von der Regierung das entschiedenste Verhalten gegen die Demontagen fordern, weil diese weder unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit, noch der Reparationen sinnvoll sind und zu nichts anderem taugen als zur Demontage des Glaubens des deutschen Volkes an die Demokratie als Faktor internationaler Solidarität. Hierher gehört auch der energische Kampf um die Abänderung des Ruhrstatuts. In seiner heutigen Form macht es die Ruhrbehörde zum eigentlichen Herrn über die

deutsche Wirtschaft und damit ausländische Wirtschaftsinteressenten zum Herrn über wesentliche Faktoren deutscher Politik. Wir werden mit allen Mitteln zu verhindern wissen, dass die Internationale des Kapitals mit Hilfe gewisser Kreise des deutschen Besitzbürgertums das Ruhrstatut und seine Einrichtungen zu einem Hebel für seine Machtansprüche ausbauen. Die einseitige Internationalisierung der Ruhr fördert nicht die Europäisierung der europäischen Rohstoffquellen, sie erschwert sie. Wir kämpfen unseren Kampf gegen das derzeitige Ruhrstatut nicht nur um der elementaren Lebensrechte der deutschen, sondern insbesondere um der Zukunft Europas willen.

Die Zeit des Nationalstaates ist vorüber. Die europäischen Völker werden nur Bestand behalten, wenn sie ihre Souveränitäten auf ein politisch, ökonomisch und konstitutionell geeintes Europa übertragen. Die SPD wird alles tun, um diese Entwicklung zu fördern. Ihr Ziel ist die Verwirklichung grösstmöglicher Gerechtigkeit. Für sie als die in ihrer Geschlossenheit stärkste deutsche Partei, die heute als Opposition das soziale Gewissen in Deutschland verkörpert, wird das Mittel, zu diesem Ziel zu gelangen, der unermüdliche Kampf gegen alle Kräfte eines organisierten Egoismus sein.

Die Staatsaffäre Giuliano

AM Rom, Anfang September

Der sizilianische Banditenführer Giuliano ist zur italienischen Staatsaffäre geworden. Er und seine Kollegen, von denen Labruzzo gleichfalls mit einer gewissen Achtung genannt wird, sind seit sechs Jahren am Werk. Innenminister Scelba hatte im vergangenen Juni vor dem Senat erklärt, das Bandenunwesen sei praktisch beseitigt. Der letzte Überfall auf eine Carabinieri-LKW-Kolonne bei Bellolampo, dem sieben Menschenleben zum Opfer fielen, rief eine solche Entrüstung im Lande hervor, dass die höchsten Behörden des Staates aus ihrer Förmlichkeit aufgeschreckt wurden. Scelba kam nach Rom. Sein Un-

terstaatssekretär flog nach Palermo. Einaudi liess sich vom Polizeichef d'Antoni Bericht erstatten. Und zum Schluss wurden in einem offiziellen Kommuniqué aussergewöhnliche Massnahmen angekündigt. Danach wird das sizilianische Polizei-Generalinspektoriat aufgelöst und die Exekutive in die Hände der einzelnen Provinzen gelegt. Zur Bandenbekämpfung wird ein eigenes Kommando unter massgeblicher Teilnahme von Wehrmachtverbänden gebildet. Ein koordinierender Ausschuss bei der sizilianischen Regionalregierung soll die Tätigkeit der reinen Polizeiorgane überwachen. Ähnliche Reorganisationen treten zugleich für Sardinien in Kraft. Giuliano operiert in einem etwa 5.000 qm grossen Gebiet Montelepre in der Provinz Palermo. Es ist Tatsache, dass die verstärkten Nachforschungen von einigen Tausend Mann schwerbewaffneter Polizei erfolglos geblieben sind. Immer neue Entführungen, Erpressungen und Todesopfer sprechen von Giulianos Aktivität. In einer Pressekonferenz bezeichnete Scelba als "grösstes Hindernis für die Nachforschungen die Schattenhaftigkeit, die den Banditen umgibt". Indirekt werden die schweren psychologischen Fehler der Polizeiorgane auf Sizilien durch die neuen Massnahmen zugegeben. Die Bevölkerung, die gerade in den 10 - 15 kleinen Gemeinden des Montelepre-Gebietes lebt, und aus Hirten und Kleinbauern besteht, ist durch die Polizeimethoden derartig aufgebracht, dass jede Vernehmung mit einem "non sacciu nenti" (ich weiss nichts) endet.

Über die Hintergründe dieser merkwürdigen Erscheinung eines unausrottbaren Banditenunwesens auf Sizilien wird offiziell Stillschweigen bewahrt. Tatsache ist, dass es seit der italienischen Kapitulation im September 1943 recht eigentlich erst wieder in Erscheinung getreten ist. Enge Zusammenhänge mit der Maffia, mit sozialen und politischen Zuständen auf Sizilien, mit Menschenschmuggel nach Nordafrika und vor allem Spanien sind nicht zu übersehen. Ausserdem ist Scelba selbst Sizilianer. Und es ist offensichtlich, dass sich Giuliano bisher weit höherer Protektion erfreut hat als nur von Hirten und Kleinbauern.

Das "Giornale d'Italia" als Regierungsblatt begrüsst die Einsetzung eines militärischen Kommandos zur endlichen Lösung des Problems.

Höhere Mieten?

sp. Immer wieder wird von interessierten Kreisen der Ruf nach einer Erhöhung der Mieten gehört. So formulierte jetzt in einem der Rundbriefe, die die Frankfurter "Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947" - vertraulich selbstverständlich - herausgibt, ein Herr Dr. Groß, Düsseldorf, den fulminanten Satz: "Die Steigerung der Mieten von heute bringt die soziale Lösung des Wohnungsproblems von morgen". Und er fährt fort: "Wir dürfen vor scheinbaren Lasten für die Massen, die sich aus der Rückkehr zur wirtschaftlichen Wahrheit und Ehrlichkeit im Wohnungswesen ergeben, nicht zurückschrecken".

Diese brutale Forderung einer "scheinbaren" Belastung für die Massen und die Verbrämung dieser für die Vertreter der freien Wirtschaft typischen Anschauung mit der Phrase einer "sozialen Lösung des Wohnungsproblems" kann und darf nicht ohne Widerspruch hingenommen werden.

Wie ist denn die Situation? Das Realeinkommen von heute beläuft sich, gemessen an dem von 1913, nach Absetzung der Lohnsteuer und der Sozialabgaben nur noch auf 50 - 60 Prozent des Standes vor 35 Jahren. Durch die allgemeine Steigerung der Lebenskosten ist die Beanspruchung des Einkommens so gross, dass breite Schichten des Volkes effektiv an den Rand des Existenzminimums gedrängt worden sind. Es kommt hinzu, dass gerade bei diesen Schichten, die grossenteils aus Vertriebenen bestehen, eine völlige Entblössung von allen materiellen Reserven eingetreten ist und dass selbst der notwendigste Nachholebedarf nicht befriedigt werden kann.

Ungeniert wird angesichts dieser Notlage des Volkes in dem erwähnten Rundbrief eine Mieterhöhung von 50 Prozent vorgeschlagen. Was eine derartige Mieterhöhung bedeutet, sollte eigentlich selbst dem eifrigsten Verfechter der freien Wirtschaft klar sein: Sie heisst nichts anderes als Lohnernhöhung, als Mietsteigerung auch für die gewerblichen Räume und damit allgemeine Preiserhöhung, also neues Elend vor gefüllten Läden. So geht es nicht. (b/B.85/39/1/hs)

Kriegsgefangene ins Eismeer. (sp.) Wie die Kriegsgefangenenhilfe der SPD erfährt, werden zum Arbeitseinsatz in den Kohlen- und Erzgruben auf der Insel Neuland (Nowajasemja) im Nördlichen Eismeer neuerdings wieder in grösserer Zahl, wie Russlandheimkehrer berichten, deutsche Kriegsgefangene in die Sowjetunion abtransportiert.

- - - - -

Soziales Bauen. (sp.) Anlässlich der deutschen Bauausstellung in Nürnberg findet am 5. bis 7. September die 6. Arbeitstagung des deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung statt. Der Präsident des Verbandes, Binder, hat den Ausschuss für soziales Bauen zu der Tagung beim Vorstand der SPD eingeladen. Auf der Tagesordnung steht neben Berichten ausländischer Bau- und Wohnungssachverständiger ein Referat des von Gerhard Weisser, Düsseldorf "Über Wünsche und Wirklichkeit des sozialen Wohnungsbaues in Deutschland".

- - - - -

Wahlbilanz der SPD

sp. Zu einer kritischen Erörterung des Wahlkampfes und seines Ergebnisses fanden sich am 2. und 3. September in Springe bei Hannover die hauptamtlichen Spitzenfunktionäre der SPD, in erster Linie die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und die politischen Bezirkssekretäre zusammen. Der Vorsitzende der Partei, Dr. Kurt Schumacher, hielt ein ausführliches Referat, das einen politischen Überblick über die Bedingungen und die Schwere dieses Wahlkampfes enthielt. Ausführlich wurden darin auch die Konsequenzen behandelt, die sich für die SPD aus den Erfahrungen des Wahlkampfes ergeben. Berichte von Fritz Heine über die geleistete Presse- und Propaganda-Arbeit sowie über die Tätigkeiten des Wahlausschusses, von Egon Franke über organisatorische Fragen und von Alfred Kau über die finanzielle Seite, ergänzten den zusammenfassenden politischen Bericht Schumachers. An diese Referate schloss sich eine ^{ausführliche} ~~ausdrückliche~~ Diskussion an.

- - - - -